



Mit Europa in Deutschland durchstarten

Die FDP macht Europapolitik
für Deutschland

Bundestagswahl 2005

www.fdp-europa.de

Liebe Parteifreunde, liebe Wählerinnen und Wähler,

im letzten Jahr waren wir deutschen Liberalen auf europäischer Ebene außerordentlich erfolgreich: Die FDP ist wieder im Europäischen Parlament mit sieben Abgeordneten vertreten.

Wir wollen mit Europa in Deutschland durchstarten.

Mit der Bundestagswahl am 18. September 2005 werden auch in der Europapolitik wichtige Akzente gesetzt. Der Ministerrat der Europäischen Union ist zusammengesetzt aus den Regierungen der Mitgliedstaaten und nach wie vor das Entscheidungsorgan auf europäischer Ebene.



Im Rat fehlen seit sieben Jahren liberale Akzente aus Deutschland: Wir sind nicht nur Schlusslicht beim Wachstum in Europa, wir haben auch unsere deutsche Schlüsselrolle für die Europäische Integration und Europäische Politik insgesamt unter Rot-Grün aufs Spiel gesetzt. Nachdem nun der Bundeskanzler selbst sein Mandat um ein Viertel abgekürzt hat und damit auch die Mitwirkung seiner Regierung in Europa zur Disposition stellt, sollten wir diese Chance wahrnehmen, in Deutschland und Europa wieder zu erfolgreicher liberaler Politik zurückzukehren.

Die FDP macht Europapolitik für Deutschland.

Für die Überwindung des Stillstands in der Union, für eine rasche und für Deutschland vernünftige Einigung in der Finanzvorschau und eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 braucht Europa eine starke FDP in einer reformorientierten Bundesregierung.

Ihre FDP-Auslandsgruppe Europa
www.fdp-europa.de

Für ein partnerschaftliches Deutschland in einem vereinten Europa

Libérale Politik für Deutschland setzt auf eine starke Europäische Union. Im Gegensatz zur rot-grünen Bundesregierung nimmt die FDP als Bürgerpartei die Fragen und Befürchtungen ernst, wie sie unter anderem in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Ausdruck kamen. Nutzen wir die Verfassungskrise zur Festigung der europäischen Integration, wagen wir mehr Demokratie in Europa, und kooperieren wir wieder besser mit den europäischen Partnern!

Festigung der europäischen Integration

Finanzstreit und Erweiterungsmüdigkeit sind Ausdruck eines grundlegenden Richtungsstreits: Soll sich die Union auf die Gewährleistung eines Binnenmarktes konzentrieren? Oder soll sie weiter an dem Ziel der politischen Integration festhalten, in dem sie einen europäischen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts schafft und ein gemeinsames Gesellschaftsmodell verfolgen?

Wir Liberale bekennen uns zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Integration Europas und stehen daher für

- die Verwirklichung des Binnenmarktes;
- die Bewahrung und die Weiterentwicklung der EU;
- die Aufnahme weiterer demokratischer europäischer Staaten nach einer internen Konsolidierungsphase.

Mehr Demokratie wagen in Europa

Die FDP ist davon überzeugt, dass Europa nur mit den Bürgern gelingen kann. Unsere Ziele sind daher mehr Transparenz bei europäischen Entscheidungen, die stärkere Teilhabe der Bürger in der europäischen Politik und ihre Aufklärung über das Verhalten deutscher Amtsträger in Brüssel. Die rot-grüne Bundesregierung hat nicht selten behauptet, Brüssel schreibe bestimmte Regeln zwingend für Deutschland vor. Dabei hat sie der Regel meist zugestimmt und ist in einigen Fällen in der nationalen Umsetzung weit über die europäischen Mindestnormen hinausgegangen (z.B. bei der Anti-Diskriminierungsrichtlinie). Konkret fordern wir, dass

- der EU-Ministerrat in allen Formationen öffentlich tagt, wenn er gesetzgeberisch tätig wird;
- der EU-Kommissionspräsident auf Vorschlag derjenigen Fraktionen im Europäischen Parlaments gewählt wird, welche bei den Europawahlen die Mehrheit der Stimmen der europäischen Bürger auf sich vereinen konnten;
- die Bundesregierung regelmäßig die Bürger über die Bilanz deutscher Politik in den Brüsseler Gremien unterrichtet.

Bessere Kooperation Deutschlands mit europäischen Partnern

Der Irak-Krieg hat einen Riss durch Europa gezogen. Unter Rot-Grün hat die deutsch-französische Partnerschaft Züge eines medienwirksamen anti-amerikanischen Rituals angenommen. Wir Liberale werden für eine Trendwende in der deutschen Europa- und Außenpolitik eintreten. Insbesondere geht es um die Wiederherstellung einer politischen Führungsrolle Deutschlands in Europa durch eine gemeinschaftsorientierte Politik, die zugleich auf große und kleine Mitgliedstaaten achtet. Auch wollen wir die Freundschaft zwischen Europa und Amerika bei gleichzeitiger Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik betonen. Die FDP steht für

- einen vertieften strategischen Dialog der innerhalb der EU, der EU mit den Vereinigten Staaten sowie innerhalb der NATO;
- die Einführung eines Europäischen Außenministers und die Stärkung der Sicherheitsidentität der Europäischen Union.

Wohlstand durch offene Märkte

Deutschland und Europa müssen ihre Märkte im eigenen Interesse öffnen. Wir sollten das produzieren, worin wir im Wettbewerb gut sind. Und wir sind wettbewerbsfähig. Denn Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister.

Wenn unsere Märkte offener sind, dann zahlen die Verbraucher bei uns geringere Preise für importierte Güter. Günstigere Preise schaffen Kaufkraft, die für andere Güter genutzt werden kann. Durch diese zusätzliche Nachfrage können Arbeitsplätze entstehen.

Die Industrien, die aus der Dritten Welt in die Industrieländer exportieren, zahlen dort die höchsten Löhne. Darum drängen dort die Arbeiter in diese Industrien: Die südostasiatischen Länder, die dank offenerer Märkte am Wettbewerb teilnehmen, haben so schon viel Massenarmut beseitigt. Das geschah in einem Maß, das man sich vor wenigen Jahren nicht vorstellen konnte.

Die FDP will Wohlstand durch offene Märkte.

Union und SPD sehen das anders: Die Union ist der Agrarlobby verbunden und will bei der Landwirtschaft keine freien Märkte. Die SPD ist den Gewerkschaften

verpflichtet und will immer wieder Industrien von vorgestern auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler am Leben halten.

Liberale glauben: Besser ist es, die betroffenen Menschen zu unterstützen und keine Museumsbetriebe zu erhalten. Sonst wird nicht nur der Verbraucher geschädigt, sondern auch die übrige gesunde Wirtschaft, der die Nachfrage entzogen wird.

Die FDP wird in der Bundesregierung für die weitere Öffnung der EU-Handelspolitik kämpfen.

Für ein sicheres Deutschland in einem Europa der Bürgerrechte

Bürgerrechte sind nicht gleichzusetzen mit staatlicher Ohnmacht und Wegschauen bei Terror und Kriminalität. Sie sind wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des rechtlichen Rahmens, in welchem staatliche Organe grenzüberschreitend für Sicherheit sorgen können. Bürgerrechte sind unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Rechtsstaates.

Keine Sicherheit ohne Strafverfolgung

Wir wollen sicherstellen, dass bei der von uns geforderten Fortentwicklung der Zusammenarbeit in Europa die Rechte der Bürger gewahrt bleiben. Grenzüberschreitende Polizeiarbeit erfordert wirksame Mechanismen beim Datenschutz und bei der Missbrauchskontrolle. Europaweite Strafverfolgung macht Beschuldigtenrechte auf hohem Niveau notwendig, orientiert an der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Die FDP tritt daher dafür ein, den Ausbau der europäischen Koordinationsstellen für Polizeiarbeit EUROPOL und für staatsanwaltschaftliche Tätigkeit EUROJUST weiter voranzutreiben. Auch die direkte Zusammenarbeit der nationalen Strafverfolgungsbehörden muss verstärkt werden. Die gegenseitige Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen und Urteilen ist der richtige Weg, um europaweit erfolgreich Straftaten bekämpfen zu können. Die Auslieferung von Straftätern innerhalb der Europäischen Union muss in Deutschland zu einer Angelegenheit der Justiz werden. Konkrete Rechte Einzelner – seien es Opfer oder Täter einer Straftat - dürfen in Europa keine Frage der politischen Entscheidung sein.

Die FDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben hier bereits Maßstäbe gesetzt!

Bei der geplanten Speicherung von sämtlichen Telefon- und Internetverbindungen aller Bürger für Zwecke der Strafverfolgung kämpfen liberale Abgeordnete des Europäischen Parlaments darum, die geplante Speicherdauer von 12 auf 3 Monate zu senken. Eine längere Speicherdauer ist nicht nur datenschutzrechtlich bedenklich, sondern auch wirtschaftlich sinnlos und schafft Datenmengen, die von den Strafverfolgern kaum zu verarbeiten sind. Aus liberaler Sicht ist entscheidend, dass der Zugriff auf die Daten durch die Polizei, die Auswertung und Weitergabe strengen Regeln unterworfen werden. Sichergestellt werden muss auch, dass sich Bürger dagegen wehren können, dass aus diesen Daten falsche Schlüsse gezogen werden. Weitere gesetzliche Regelungen im Bereich der Beschuldigtenrechte, der Rechtsmittel gegenüber polizeilichen Maßnahmen, des Datenschutzes und der Sicherung der Menschenrechte sind notwendig, damit wir uns auch zukünftig in Europa so frei fühlen können, wie dies für uns in Deutschland selbstverständlich ist. Dafür steht die FDP: im Europäischen Parlament, im Bundestag und in der Bundesregierung.

Stabilitätspakt endlich respektieren und Schulden abbauen

Die FDP bedauert die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Deutschland, der frühere Motor der Stabilitätskultur hat durch die rot-grüne Politik jede Autorität verspielt, die Einhaltung des Stabilitätspaktes anzumahnen. Andere Länder werden sich das gleiche Recht zu Verstößen gegen die Verschuldungsgrenzen herausnehmen. Daher ist der Schaden besonders groß.

Mit der Europäischen Währungsunion wurde die liberale währungspolitische Konzeption Deutschlands mit einer unabhängigen Zentralbank auf den Euroraum ausgedehnt. Der Euro ist ein Symbol für politische Stabilität und Integration. Die gemeinsame Währung hat viele Vorteile. Sie erleichtert die Mobilität von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital und stärkt die Unumkehrbarkeit der wirtschaftlichen Integration.

Für eine vorbildliche Stabilitätspolitik in Europa

Deutschland als Exportweltmeister profitiert davon am meisten, weil deutsche Exporte nicht mehr künstlich verteuert werden können. Die einheitliche Währung hat mehr Preistransparenz geschaffen und intensiviert den Wettbewerb zugunsten der Konsumenten. Wechselkurse und Umtauschgebühren gehören der Vergangenheit an. Währungsabwertungen zugunsten unserer Handelspartner in Europa werden verhindert. Fehlende Kursschwankungen haben Planungssicherheit für Investoren und Kapitalanleger geschaffen. Dies fördert Investitionen und Beschäftigung.

Der Euro hat Europa insgesamt mehr Geldwertstabilität und weniger Staatsverschuldung gebracht. Im Zuge der Währungsunion ist die Verschuldungsquote der EU-Staaten das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte zurückgegangen, weil die meisten Mitgliedstaaten im Gegensatz zu Deutschland den Stabilitätspakt respektieren. Alle Regierungen Europas sollten keine Schuldenpolitik zulasten kommender Generationen mehr machen können. Denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Die FDP wird sich in der Bundesregierung für zukünftige Generationen einsetzen und gegen eine immer weiter steigende Staatsverschuldung zulasten unserer Kinder und Enkel kämpfen.

www.fdp-europa.de

Für ein zukunftsfähiges Deutschland in Europa: Bildung, Forschung und Innovation

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich in der EU-Haushaltsdebatte im Vergleich zum Kommissionsvorschlag für Kürzungen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation eingesetzt, um die EU-Agrarsubventionen (derzeit über 40% des EU-Haushalts) weiter beizubehalten.

Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation

Eine Bundesregierung unter FDP-Beteiligung wird sich gemeinsam mit unseren europäischen Partnern dafür einsetzen, die Mittel im EU-Haushalt auf die Herausforderungen und Prioritäten des 21. Jahrhunderts, Bildung – Forschung – Innovation, auszurichten, statt auf Agrarpolitik und regionale Umverteilung. Deutschland als rohstoffarmes Land ist in besonderem Maße auf eine gute Ausbildung seiner Bürger, eine leistungsfähige Forschungslandschaft und die Innovationsfähigkeit seiner Wirtschaft angewiesen.

Die FDP fordert die Ausrichtung der Bildung und Ausbildung in Deutschland auf Europa, um die europäische Mobilität der jungen Generation zu fördern und zu unterstützen. Dies bedeutet:

- Sprachunterricht nach Möglichkeit durch Muttersprachler;
- Unterricht in einer zweiten Sprache vom ersten Schuljahr an;
- Späterer Unterricht in verschiedenen Nebenfächern in einer Fremdsprache;
- Frühere Einschulung und 12 Schuljahre bis zur Hochschulreife;

EU-Subventionskontrolle unterstützt Reformen in Deutschland

Die EU-Kommission überwacht staatliche Subventionen in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten, damit der einheitliche Binnenmarkt nicht durch die Bevorzugung einzelner Unternehmen unfair verzerrt wird. Geraten Unternehmen oder ganze Industriezweige in eine wirtschaftliche Notlage und damit Arbeitsplätze in Gefahr, wird schnell nach dem Staat gerufen. Diese „Hilfe“ des Staates besteht dann in einer nationalen oder regionalen Subventionsvergabe, die sich über die realen Verhältnisse des Marktes hinweg setzt. Der Staat manipuliert kurzfristig, aber er heilt nicht langfristig. Das Kränkeln bleibt, die Schiefelage wird nur kaschiert. Die Folgen sind:

- Höhere Steuern auf Löhne und Gehälter, höhere Steuern für die wirtschaftlich rentablen Unternehmen und zusätzliche Schuldenaufnahme. Oder weniger Geld für zukunftsweisende Investitionen z.B. in Bildung oder Forschung. Denn diese Subventionen müssen bezahlt werden. Eine etwaige Schuldenaufnahme zur Finanzierung dieses Subventionsdschungels verlagert zudem das Problem noch weiter auf die folgenden Generationen. Die höheren Steuern für alle Unternehmen verhindern rentable Arbeitsplätze und verzerren den Wettbewerb. Die zusätzlichen Schulden lähmen die Wirtschaft und drosseln den Konsum weiter.
- Die Subventionen für kränkelnde Industrien sind eine Verschwendung von Ressourcen. Besonders schädlich ist das bei Dauersubventionen.

- Vergleichbarkeit der Abschlusszeugnisse und Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen in Deutschland und Europa.

Dabei setzt die FDP nicht auf eine europäische ‚Einheitsausbildung‘, sondern auf einen Wettbewerb der nationalen Bildungssysteme, der Transparenz und Vergleichbarkeit zulässt und Mobilität und Leistung fördert.

Für einen Europäischen Forschungsraum

Die FDP unterstützt die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums. Dies beinhaltet:

- Bündelung und bessere Koordinierung nationaler und europäischer Forschungsfördermittel;
- Regelmäßige Durchführung von Leistungsvergleichen öffentlicher Forschungszentren in Europa, um den europaweiten Wettbewerb zu fördern und transparenter zu gestalten;
- Gleiche Rahmenbedingungen für Forscher in Europa, um Wettbewerbsverzerrungen und nationale Alleingänge wie die rotgrüne Blockade der Stammzellenforschung in Deutschland zu verhindern;
- Gezielte Förderung der Umsetzung von Grundlagenforschung in konkrete Produktinnovationen und –entwicklungen.

FDP – die Bildungs- und Forschungspartei, für Deutschland und Europa.

Andere Mitgliedstaaten wie Großbritannien, die nach langer Durststrecke heute weitgehend auf Subventionen verzichten, haben seit Jahren dauerhaftes Wachstum und fast Vollbeschäftigung erzielt. Im Gegensatz dazu Deutschland: Das ehemalige Wirtschaftswunderland Deutschland hält Platz 1, aber nicht bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern beim Subventionsniveau.

Rot-Grün wendet im Regierungsapparat enorme Ressourcen auf, um Subventionen gegenüber der Europäischen Union zu verteidigen, bis hin zu zahlreichen Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Zugunsten einiger Auserwählter. Zum Schaden für alle anderen in Deutschland. Zulasten des fairen Wettwebs. Zulasten der wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands.

Die FDP fordert: Subventionen in Deutschland abbauen, statt sie in Brüssel zu verteidigen!